



07.04.2020: OFFENER BRIEF DER LANDESASTEN-  
KONFERENZ RHEINLAND-PFALZ AN DIE LANDES-  
REGIERUNG

## **SARS-CoV-2: UNTERSTÜTZUNG FÜR STUDIERENDE**

Sehr geehrte Frau Dreyer,

sehr geehrter Herr Wolf,

sehr geehrte Frau Bätzing-Lichtenthäler,

wir möchten Sie mit diesem Schreiben auf die Situation vieler Studierender aufmerksam machen, die unter der Corona-Pandemie leiden. Neben der Unsicherheit bezüglich Klausuren, Hausarbeiten und der Gestaltung des nächsten Semesters, besteht für viele Studierende ein akutes Finanzierungsproblem. Es ist durchaus üblich, dass Studierende sich ihr Studium nur deshalb leisten können, weil sie einen Nebenjob haben. Grund hierfür ist neben der völlig unzureichenden Ausfinanzierung durch BAföG insbesondere der angeheizte Wohnungsmarkt. Gerade Studierende arbeiten nun aber aushilfsweise in kleineren Läden, Kneipen oder Restaurants. Diese Jobs gehen aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus verloren.

Selbstverständlich stehen wir als Zusammenschluss der Verfassten Studierendenschaften Rheinland-Pfalz hinter Einschränkungen, die eine weitere Ausbreitung des Virus verhindern und so Leben retten. Allerdings muss an alle Konsequenzen gedacht werden, die sich aus den Einschränkungen ergeben. So müssen neben großen Unternehmen eben auch die Konsequenzen für Studierende bedacht und hier entsprechend gegengesteuert werden.

LandesAstenKonferenz  
Rheinland-Pfalz  
koordination@lak-rlp.org  
www.lak-rlp.org

Koordination Legislatur  
2020/2021:

Referat für Hochschulpolitik des  
AStAs der Universität Trier  
Universitätsring 12b  
54286 Trier



Wir bitten Sie daher dringlichst, geeignete Konzepte zur Unterstützung der betroffenen Studierenden zu erarbeiten und alsbald zur Verfügung zu stellen. Schon Anfang April müssen Rechnungen beglichen werden; aufgrund des Verdienstaustausfalls ist dies aber nicht für alle Studierenden möglich. Dabei ist folgendes zu beachten:

- Eine finanzielle Unterstützung kann sich nicht allein in Krediten niederschlagen. Der Verdienstaustausfall der Betroffenen entsteht ohne deren Zutun und kann nicht einfach in den nächsten Monaten nachgearbeitet werden, da dies das Studium gefährden würde.
- In Studierendenwohnheimen sollte die Landesregierung darüber nachdenken, Betroffenen die Miete zu erlassen und dies durch Ausgleichszahlung an die Studierendenwerke abzufangen.
- Bedacht werden muss zudem die Situation ausländischer Studierender, die zwar ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, aber nicht deutsche Staatsbürger sind. Diese Menschen können derzeit nicht einreisen und werden damit von ihrem sozialen Leben und ihrem Arbeitsplatz isoliert. Auch hier droht ein finanzieller Kollaps mit der Konsequenz, dass ein Studium nicht fortgeführt werden kann.

Eine Unterstützung der Landesregierung ist dringend notwendig, auch um die studentischen Hilfsfonds nicht zu überlasten. Es ist die Pflicht des Staates, nicht der Statusgruppe Studierender, für die Betroffenen einzustehen.

**Wir bitten ausdrücklich darum, dass die Dringlichkeit des Problems beachtet wird. Es geht um Existenzsicherung schon im nächsten Monat, ein Aufschub kann für Betroffene bereits das Ende ihres Studiums bedeuten.**

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und hoffen, dass wir diese Krise bald in Solidarität überstanden haben.